



Landesverband Nord

Pressemitteilung BFW Nord

Share Deals lassen sich am besten durch eine Senkung der Grunderwerbsteuer verhindern

23. April 2021 – Der Bundestag hat am 21.04.2021 eine Gesetzesreform auf den Weg gebracht, um den Immobilienerwerb im Zuge von Share Deals zu erschweren. Zielführender wäre es, die Grunderwerbsteuer zu senken, denn dann würde niemand über Share Deals nachdenken, sagt der Landesverband Nord des Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen.

Laut dem Gesetzesentwurf soll die Beteiligungsschwelle bei Unternehmensverkäufen, ab der ein Grundstückserwerb anzunehmen ist, von 95 auf 90 Prozent abgesenkt werden. Die Haltefrist wird von fünf auf zehn Jahre verlängert. „Dass Unternehmen und Personen überhaupt Share Deals abschließen, liegt an der Höhe der Grunderwerbsteuer. Wer sie verhindern möchte, sollte also eher an dieser Schraube drehen“, sagt Sönke Struck, der Vorstandsvorsitzende des BFW Landesverbands Nord. Der Verband repräsentiert die mittelständische, private Immobilienwirtschaft in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein.

„In Hamburg liegt die Grunderwerbsteuer momentan bei 4,5 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern bei 6 Prozent und in Schleswig-Holstein sogar bei 6,5 Prozent. Wenn hier Anpassungen stattfinden, kennen sie nur eine Richtung: nach oben. Bei dieser Steuerpolitik ist es kein Wunder, dass die Käuferinnen und Käufer andere Lösungen suchen. Share Deals sind auch für sie keine Wunschlösung, denn sie sind mit Haftungsfragen, der Organisation von Betriebsübergängen, verminderten Abschreibungsmöglichkeiten und hohen Due-Diligence-Kosten verbunden. Wäre die Grunderwerbsteuer niedriger, würden die Investorinnen und Investoren sich eher für einen einfachen Immobilienkauf entscheiden. Von den Steuereinnahmen, die sich daraus ergeben, könnten die Länder mehr profitieren als von dem neuen Share-Deal-Gesetz“, erklärt Sönke Struck.

BFW Landesverband Nord e.V.

Der BFW Landesverband Nord e.V. spricht für rund 230 Mitglieder, die ca. 180.000 Wohnungen in Norddeutschland im eigenen Bestand verwalten und weitere 3,4 Millionen Quadratmeter an Büro- und Gewerbeflächen im Bestand halten. Die BFW-Mitgliedsunternehmen erstellen über 60 Prozent des Neubauvolumens in Hamburg. Als Spitzenverband der unternehmerischen Wohnungs- und Immobilienwirtschaft gehören dem Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen derzeit rund 1.600 Mitglieder und verbundene Unternehmen an.

BFW Landesverband Nord e.V.

Pelzerstraße 5 / D-20095 Hamburg

Tel.: 040 4689777-0 / 0172/644 1938

Fax: 040 4689777-70

www.bfw-nord.de

Pelzerstraße 5
20095 Hamburg
Tel.: 040 4689 777 0
Fax: 040 4689 777 70

www.bfw-nord.de

Pressekontakt:
Dr. Verena Herfort
Geschäftsführerin

verena.herfort@bfw-nord.de